

Liebe Freundinnen und Freunde,

ihr alle kennt die Geschichte, die man sich zu dieser Jahreszeit erzählt: von einem Paar auf der Suche nach Schutz und Herberge - Schutz und Herberge werden ihm verwehrt. In der Geschichte solidarisieren wir uns einmal im Jahr mit dem notleidenden Paar und seinem neugeborenen Kind. Wir erkennen darin nicht nur eine menschliche Pflicht sondern finden auch ein Glück darin, Nächstenliebe zu geben und menschliche Größe zu zeigen.

Wie sähe eine Gesellschaft aus, in der diese Geschichte eine wirkliche Rolle spielte? Menschen, die unter Lebensgefahr und unter größten Entbehrungen dem Krieg entfliehen konnten, die dabei ihre Familienmitglieder verloren haben, brächten wir größten Respekt entgegen. Sie erhielten durch uns Schutz und die Chance, sich in Würde und Unversehrtheit ein neues Leben aufzubauen, eine neue Heimat zu finden.

Doch Weihnachten kommt einfach nicht, obwohl es im Kalender steht.

In unserer Wirklichkeit ertrinken gerade jetzt, während wir hier versammelt sind, Menschen auf der Suche nach Schutz und Herberge. Jeder siebte, der im Jahr 2018 die Überfahrt nach Europa wagte, starb. Männer, Frauen, Kinder, Neugeborene. Im Vorjahr war es noch jeder 38ste, der die Überfahrt mit dem Tod bezahlte. Dieser extreme Anstieg an Todeszahlen zeigt, welche Auswirkungen der Rechtsruck und die daraus resultierende Abschottungspolitik in Europa haben.

Menschen ertrinken im Mittelmeer, weil sie in ihren Herkunftsländern nicht mehr leben können und weil unseren Regierungen ganz offensichtlich nationalistische Dogmen mehr wert sind als Menschenleben.

Damit nicht genug: In der Wirklichkeit kriminalisieren unsere Regierungen in erschreckender Einigkeit sogar die Retter von Menschenleben und legen ihre Rettungsschiffe in Ketten, damit sie den Ertrinkenden nicht mehr helfen können.

Wie kann es überhaupt so weit kommen?

Wie kann es dazu kommen, dass in unseren Städten Rechtsextreme aufmarschieren, unter den Augen aller nationalsozialistische Parolen skandieren und unseren Mitmenschen auf offener Straße Gewalt antun, weil sie in ihren Augen nicht dazugehören?

Zuerst wurde gesagt, dann wurde getan. Das war bereits in unserer dunkelsten Geschichte so.

Aus der „Kooperation der Willigen“ will der österreichische Innenminister Kickl gemeinsam mit Herrn Seehofer und Herr Salvini eine „Kooperation der Tätigen“ machen, so ließ er im Sommer verlauten. Mit Tätigkeit meinen sie aktive Abschottung.

Und sie werden tätig.

Parteien und Regierungen rühmen sich auch heute damit Menschen auf der Flucht nicht aufzunehmen, prahlen mit Abschiebezahlen und ziehen die Schutzsuchenden wie die Helfer mit ihrer menschenverachtenden Wortwahl wie „Anti-Abschiebe-Industrie“ oder „Asyltourismus“ in den Schmutz. Damit werden Hass und Wut gesät und Sündenböcke geschaffen.

Ja, die Empörung der Öffentlichkeit über solche Worte hat zumindest erreicht, dass nun sogar Anstand und Deeskalation von denselben Herren Seehofer, Dobrindt und Söder eingefordert werden, die kurz zuvor noch im Windschatten der AfD die verbalen Brandstifter gegeben haben.

Herr Merz ist gestern an ebendieser Verlockung gescheitert, als er in seinem Werbeauftritt das Grundrecht auf Asyl infrage stellte. Für sein Ziel, ein politisches Amt zu erlangen und Stimmen vom rechten Rand zurückzugewinnen, schien er bereit eine der wichtigsten Errungenschaften zu verkaufen, die wir nach dem Zweiten Weltkrieg infolge der Schrecken und Verbrechen der NS-Diktatur errungen haben.

Ein Parteivorsitzender, der diesen in der deutschen Verfassung verankerten menschenrechtlichen Konsens aufkündigt, wäre des Cs in seinem Parteinamen nicht würdig gewesen. Eine Schande für den Präsidenten des deutschen Bundestags, dass er sich hier zu eine, Schulterchluss hat hinreißen lassen.

Sprache darf zum einen nicht als Mittel der Manipulation und Stimmungsmache gegen Minderheiten missbraucht werden. Zum anderen erwarte ich von jedem, und besonders von Verantwortungsträgern, dass sie meinen was sie sagen – heute wie morgen. Wer spricht trägt Verantwortung für die Folgen seiner Worte. Wer dagegen heute bewusst und aus taktischem Kalkül mit Sprache zündelt, um dem Gesagten gleich am nächsten

Tag unter öffentlichem Druck abzuschwören, macht sich unglaubwürdig; unglaubwürdig und ungeeignet gesellschaftliche und politische Verantwortung zu übernehmen.

Ich bin froh, dass nicht noch ein weiterer, der in wahlkampfstrategischen Verirrungen zu derartigen gefährlichen Eskapaden bereit ist, in meiner Heimat ein verantwortliches Amt in den Händen hält.

Heimat – was ist das eigentlich?

Heimat ist der Ort an dem sich ein Mensch zuhause fühlt, an dem er seine sozialen Kontakte hat und Teil der Gesellschaft ist, an dem er Orientierung und eine Perspektive findet, an dem er seine Persönlichkeit und seine Ressourcen einbringen kann, und nicht zuletzt an dem er Fehler machen darf und Hilfe erhält wenn er sie benötigt.

Kann ein Ort Heimat sein, an dem in unmittelbarer Nachbarschaft Tausende von Menschen abgeschirmt von jeglicher öffentlicher Kontrolle, in Lagern zusammengepfercht und entrechtet, ihrer Abschiebung in das Land entgegensehen aus dem sie aus Lebensangst geflohen sind?

Für mich ist Heimat da, wo Menschlichkeit und Solidarität nicht nur Worte sondern Taten sind. Und in solch meiner Heimat gilt es Menschen zu schützen, die Schutz benötigen, und zwar nicht erst wenn sie in der „sogenannten Mitte der Gesellschaft“ angekommen sind oder einen bestimmten Pass besitzen.

Heimat ist das Gegenteil von Ausgrenzung. Heimat schützt vor Ausgrenzung, und zwar alle. Denn Heimat lässt sich nicht teilen in dazu gehörende und nicht dazu gehörende.

Heimat ist nicht angeboren. Sie findet sich dort, wo Menschen eine Heimat geboten wird.

Über Heimat reden meistens die, die Halt suchen. Ein Teil der Menschen in Deutschland hat als Reaktion auf dieses Heimweh rechtsextrem gewählt.

Und Seit diesem Jahr haben wir sogar im Bund ein Heimatministerium. Was aber soll das für ein Ministerium sein, wenn es einen Teil der in der Heimat lebenden Menschen ausgrenzen will – etwa mit den Auftaktworten des Heimatministers „ der Islam gehöre

nicht zu Deutschland“ oder mit der populistischen Proklamation einer angeblichen Leitkultur, die unsere pluralistische Gesellschaft verleugnen will?

Damit sich Menschen beheimatet fühlen, benötigen sie vielleicht ein „Beheimatungsministerium“. Ein Ministerium, das sich wirklich darum kümmert, allen Menschen in diesem Land Perspektiven und Chancengleichheit zu geben. Auch Minderheiten eine Mitbestimmungsmöglichkeit und Schutz vor Diskriminierung zu bieten. Heimat all denen zu gewährleisten, die hier eine neue Heimat suchen.

Ich schließe mich unserem Bundespräsidenten Herrn Steinmeier an, der kürzlich sagte: „Ich glaube, Heimat weist in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit. Heimat ist der Ort, den wir als Gesellschaft erst schaffen.“

Doch auf diese Heimat und auf diese Gesellschaft dürfen wir nicht tatenlos warten. Nur wir selbst können sie wahr werden lassen und so gestalten, wie wir sie uns wünschen. Denn Weihnachten kommt nicht von allein, nur weil es im Kalender steht. Lasst uns, liebe Freundinnen und Freunde, unsere Gesellschaft gerecht, solidarisch und menschenwürdig gestalten. Und Sie, Herr Seehofer, treten Sie endlich als Innenminister zurück und mit uns gemeinsam für eine solch solidarische Gesellschaft ein!